

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1840**

4.6.1840 (No. 152)

Vorausbezahlung.  
Ganzjährlich hier 8 R., halbjährlich 4 R., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 R. 30 kr. und 4 R. 15 fr.

# Karlsruher Zeitung.

Einrückungsgebühr.  
Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 fr.  
Briefe und Gelder franko.

Nr. 132.

Donnerstag, den 4. Juni

1840.

## Deutsche Bundesstaaten.

**Oesterreich.** Wien, 27. Mai. Sr. Maj. der Kaiser hat den österreichischen Botschafter am kais. russ. Hofe, Grafen v. Ficquelmont, zum Staats- und Konferenzminister und zum Chef der Kriegsektion im Staatsrath ernannt.

**Preußen.** Berlin, 26. Mai. Durch ein Reskript des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten (unterzeichnet von dem Direktor des Ministeriums, Hr. v. Ladenberg) ist der geheime Medizinalrath Prof. Dieffenbach zum Stellvertreter des erkrankten und auf seinem Landgute befindlichen Präsidenten Rust in der wundärztlichen Klinik der Charité ernannt. Hierdurch ist eine auch in auswärtigen Blättern viel angeregte Frage über den Nachfolger Rust's zur Erledigung gekommen. Dieffenbach hat gestern vor sehr zahlreichen Zuhörern die klinischen Vorträge eröffnet, und sich deren Beifall besonders durch die Anerkennung erworben, die er dem Wirken und den Verdiensten Rust's zu Theil werden ließ. — Eine interessante Erscheinung in unserer höheren Kreise ist die Herzogin von Duno, Talleyrand's Nichte, die mit ihrem Sohne, dem Herzoge von Valençay, aus Paris hier angekommen ist, um die Erbschaft anzutreten, die ihr in Preußen durch den Tod ihrer älteren Schwester, der Herzogin von Sagan, gebornen Prinzessin von Kurland, zugefallen ist.

\* Berlin, 31. Mai. Das königl. Ministerium des Innern und der Polizei erließ unter'm 29. d. folgende Aufforderung: Diejenigen Personen, welche bereits unter der Regierung Sr. hochseligen Majestät König Friedrichs II. in königl. Diensten gestanden haben, werden aufgefordert, sich bis Sonntag, den 31. d. M., 12 Uhr, im Dienstgebäude des Ministeriums des Innern, persönlich oder schriftlich zu melden.

**Bayern.** München, 30. Mai. Ihre Maj. die verwitwete Königin hat heute ihr Landhaus in Biederstein bezogen, wo diesen Abend J. G. die Prinzessin Marie von Darmstadt zum Besuche erwartet wird. (M. Z.)

\* München, 1. Juni. Gestern Mittag sind J. G. H. der Erbgroßherzog von Hessen-Darmstadt und höchstseiner Schwester, die Prinzessin Marie, Braut des Großfürsten-Thronfolgers, in bestem Wohlseyn dahier eingetroffen und so gleich weiter nach dem nahen Schloß Biederstein gefahren, wohin den erwarteten Gästen am Tag vorher J. Maj. die Königin-Witwe vorausgegangen war. J. G. H. die Herzogin Mar in Bayern ist gestern Abend vom Land hereingekommen, um die hohen Gäste zu begrüßen. Dem Vernehmen nach wird auch Sr. K. H. der Kronprinz im gleichen Zwecke von Hohenschwangau hierher kommen.

**Würzburg,** 31. Mai. Herr Kintel, ehemaliger Referendar in preussischen Diensten, durch mehrere bei Gelegenheit der letzten kirchlichen Wirren herausgegebene Schriften nicht unbekannt, wird die Redaktion des ultramontanen Interesses vertretenden, hier erscheinenden „Frankischen Couriers“, an dem bereits ein anderer, ebenfalls nicht unbekannter Preuze, Dr. Zander, sehr beschäftigt ist, übernehmen. Kintel, wie Zander sind Konvertiten. (K. Z.)

\* Augsburg, 30. Mai. Sie kennen aus unsern Blättern bereits das allerhöchste Reskript, das die Begehung des Guttenbergfestes als eine reine gewerbliche Feier gestattet; weniger bekannt dürfte Ihnen der Eindruck seyn, den dasselbe auf alle Klassen hervorbrachte — er ist tief, um so mehr, als man bei der bekannten Gesinnung einer hochgestellten Person, die als Dichter sich in die Reihen unserer literarischen Heroen gestellt, und mit kräftigem Willen die Künste zu fast nie gesehener Höhe emporgehoben hat, als zuverlässig erwartet hatte, jenes Fest werde bei uns mit aller Feierlichkeit begangen werden dürfen. Der früher zu Entwurfung des Festprogramms gewählte Ausschuss kann als aufgelöst betrachtet werden, da dem Sinne des Reskripts zufolge alle Literaten, deren mehrere, sehr namhafte, Mitglieder des Ausschusses waren, ausgeschlossen sind. Noch ist nicht bestimmt, ob die Feier ganz unterbleiben oder von einem Theile der hiesigen Buchdrucker und Buchhändler begangen werden wird. Jedenfalls werden nur sehr wenige Theile daran nehmen; von den Buchdruckern ist bis jetzt bloß einer, der zugleich eine Buchhandlung besitzt, dazu geneigt. Außerdem verlautet, daß sich ein Theil der Buchdrucker nach Ulm gewandt hat, um ein Anschließen an das dortige Fest zu Stande zu bringen. Es ist um so mehr zu bedauern, daß, aller Wahrscheinlichkeit nach, die Guttenbergfeier bei uns unterbleibt, als darin mancher wieder einen Grund mehr finden dürfte, seine vorgefaßte Meinung über eine retrograde Tendenz in Bayern für begründet zu erachten. Wir wollen nicht über die Ansicht von Vor- oder Nachschritt rechten — so viel ist gewiß, daß man sich kaum in einem andern deutschen Staat freier äußert, als in Bayern, und da Künste und Wissenschaften kaum irgendwo größerer Pflege genießen, als in Bayern, so hatte man schon aus diesem Grunde der Feier mit Interesse entgegen gesehen, und alle Vorbereitungen dazu getroffen: für Ausführung des „Guttenberg“ durch Dilettanten, auf unserm Theater, und für eine Festmusik war gesorgt; hinsichtlich der übrigen ziemlich großartigen Feierlichkeiten erwartete man die Genehmigung des eingereichten Programms.

## Feuilleton.

### Verfolgung der Juden in Damaskus.

\* Paris, 31. Mai. Das heutige „Journal des Debats“ enthält eine Reihe neuer Aktenstücke über die Judenverfolgung in Damaskus, welche ihm von Hr. Gremieux mitgetheilt wurden. Sie sind mit dem neuesten Paketboot aus der Levante gekommen. Man hat damit Nachrichten aus Damaskus über Konstantinopel und über Alexandrien. Zu Konstantinopel hat Hr. Damson, Rechtsanwält bei der franz. Gesandtschaft, von der israelitischen Gemeinde von Konstantinopel und von Damaskus und von den Delegirten aus Palästina darum angegangen, bei Hr. v. Pontois ein Klageguch gegen das regelwidrige Verfahren (procédés irréguliers) des franz. Konsuls zu Damaskus, Grafen Ratti-Menton, eingereicht, woraufhin Hr. v. Pontois schon am 27. April an den Generalkonsul Hr. Cochelet in Alexandrien die Weisung gerichtet hat, dem Hr. Ratti-Menton den gefährlichsten Befehl zu übermachen, Alles zu suspendiren (d. h. sich weiterer Schritte zu enthalten). — Nach einem Bericht des österr. Konsuls zu Damaskus, Hr. Marlatto, haben dort am 23. die Torturmaßregeln gegen die Juden aufgehört, und zwar, wie sich ergibt, infolge ergangener ausdrücklicher Befehle des Vizekönigs von Aegypten, welchem — da seine früheren Weisungen, Lustig zu üben aber ohne Torturanwendung, in

Auch mehrere auf das Fest bezügliche Schriften sind im Drucke, die nun theilweise ebenfalls zwecklos seyn dürften. — Mit unserer Eisenbahn geht es endlich rascher vorwärts; man fährt jetzt bis Raunhofen, und von Ende Juni an soll mit Pferdekraft von hier bis Mähringen gefahren werden, so daß man dann innerhalb dreier Stunden bis München gelangen kann. Auch ist davon die Rede, eine Eisenbahn für Pferdekraft von hier bis Donauwörth anzulegen, die, wie man glaubt, sich gut rentiren, und einer späteren Bahn von Ulm aus wohl die Richtung anweisen dürfte.

**Hannover.** Hannover, 28. Mai. Bei dem Gesetze über das Verfahren in Polizeistrafsachen (dessen Verathung schon 1838 begann, wo aber über mehrere Punkte von den beiden Kammern widersprechende Beschlüsse gefaßt worden waren, die erst jetzt durch Konferenzen zur Erledigung kommen) haben die Konferenzvorschläge den Gemeinden eine Art von Flurpolizei nur in den Fällen eingeräumt, wo die Regierung solches für angemessen hält — den Rittergütern ist jedoch eine Polizeitrafbefugniß unbedingt beigelegt. Der Entwurf zu dem neuen Reglement setzt fest, daß die zweite Kammer bei Anwesenheit von zwanzig Mitgliedern beschlußfähig seyn solle, was also, da die Zahl der Mitglieder (schon durch die neuen Schatzräthe) vermehrt werden wird, nur die Hälfte der jetzt nöthigen 37, oder das Viertel der Gesamtzahl (statt der jetzt nöthigen Hälfte) seyn würde. Außer diesem neuen Reglement wird als ferneres Komplement der neuen Verfassung der Ständeversammlung auch der Entwurf zu einem neuen Wahlgesetze vorgelegt werden, da die bisherigen Wahlverordnungen (vom Februar 1832 u. s. w. sich als ungenügend erweisen, indem sie den Wahlberechtigten die Fakultät lassen, die Wahl abzulehnen — was bekanntlich nach der neuen Verfassung nicht mehr wird geschehen können. Morgen tritt die Kommission zusammen, welche die Frage untersuchen soll, inwieweit eine Wiederherstellung der altostfriesischen Verfassung (von 1806) möglich und ausführbar sey. Dieselbe besteht (den Präsidenten mitgezählt) aus 14 Mitgliedern, 7 Deputirten der ostfriesischen Provinziallandtschaft und 7 von der Regierung dazu ernannten Männern; Präsident derselben ist der Minister von der Wisch — zu den regierungsseitig ernannten Kommissarien gehören der geh. Kabinetstath v. Falcke, Hofrath Klenze, Hofrath Ubbelohde u. s. w. Von der ostfriesischen Landtschaft sind dazu kommittirt: zwei Grafen Knyphausen (von der Ritterchaft), Landyndikus Telling und Senator Rößen (von dem Städtestande), die Administratoren Beseke und Janßen (vom dritten Stande), und der Syndikus Bueren (von der Stadt Emden). Es heißt, daß diese Kommissarien Anerkennung ihres Rechtes auf die Verfassung von 1806 von der Regierung als conditio sine qua non ihrer Unterhandlungen fordern werden — was die Regierung wohl um so eher zugestehen kann, als das Recht der Ostfriesen auf jene Verfassung noch niemals bestritten worden, es sich vielmehr immer nur um die Möglichkeit einer Wiederherstellung und Kompatibilität derselben mit einer allgemeinen Landesverfassung gehandelt hat. (K. A. Z.)

**Kurhessen.** Kassel, 29. Mai. In einer der letzten Sitzungen der Stände erklärte der Landtagskommissar sich für beauftragt, bei der Ständeversammlung sowohl als deren Präsidenten und Ausschüssen nach Kräften darauf hinzuwirken, daß unter gehöriger Beobachtung der ständischen Geschäftsordnung das Verfahren und die Behandlung der Geschäfte sprach- und zweckmäßig eingerichtet werde und vorschreite. Es sehe sich die Regierung gebrungen, an die Ständeversammlung die Aufforderung ergehen zu lassen, eine weniger detaillierte und mehr beschleunigte Behandlung der Vorlagen und eine, auf die Gegenstände der Propositionen sich beschränkende, Thätigkeit zum Ziele ihres Strebens zu nehmen. Der Präsident verwahrte die Versammlung dagegen, als bleibe sie nicht in ihren verfassungsmäßigen Schranken, und fügte hinzu: die Absicht der Staatsregierung könne es nicht seyn, die Versammlung zu hindern, selbstständige Anträge ihrer Mitglieder zu vernehmen, und darüber zu beschließen, oder die Eingaben von Unterthanen von der Verathung auszuschließen. Er war für Ueberweisung dieser Eröffnung an einen Ausschuss. Die Ueberweisung an den Budgetausschuss ward beschlossen. (Kass. a. Z.)

**Königreich Sachsen.** Sächsische Blätter berichten aus Dresden bis zum 25. Mai Folgendes über die neuesten Verhandlungen der zweiten Kammer der Stände: Es kam eine Eingabe des Abg. Eisenstuck zur Verathung, wornach im Vereine mit der ersten Kammer die Regierung ersucht werden möchte, der Ständeversammlung darüber eine Mittheilung zu machen, wie weit die Bearbeitung eines Zivilgesetzbuchs und einer Zivilgerichtsordnung für das Königreich Sachsen bereits gediehen sey, und ob die Vorlegung der Entwürfe an die nächste Ständeversammlung erwartet werden dürfte. Der Deputationsbericht empfahl den Antrag unbedingt zur Annahme; allein beruhigt durch die von dem Staatsminister v. Könnert gegebenen Erklärungen, wodurch namentlich die Besorgniß, daß man die Abfassung eines Gesetzbuchs gänzlich aufgegeben haben möchte, gehoben würde, war die Kammer einstimmig der Ansicht, daß ein weiterer stän-

Damaskus nicht rechtzeitig eingetroffen oder wirkungslos geblieben waren — die europäischen wie ägyptischen Hebräer feierliche Vorstellungen und nachdrückliche Bitten um Gerechtigkeit gemacht hatten. Nach einem andern Bericht ebendesselben Konsuls an den österreich. Generalkonsul in Alexandrien, Hr. Laurin, gleichfalls vom 23. April, heißt es: „Die Qualen der unglücklichen Angeklagten haben aufgehört. Sie erwarten nunmehr ihren Trost in der Wahl eines unparteiischen und gerechten Tribunals [wie solches Mehemed Ali nun in Kairo bestellt hat]; sonst würden sie schwer aus dem Abgrund hervorgehen, in den sie der erbitterten Grimm (acharnement) ihrer Feinde gestürzt hat. Es vergeht kein Tag, an dem nicht Juden von unwissenden Christen insultirt würden, welche ein wenig zu viel auf Hanna Bari-Bey (ein \*) Christ, oberster Zivilgouverneur, der in seinem Posten einer so ausgebreiteten Macht genießt, wie die Ibrahim's in seinem Militärregiment) zu zählen scheinen. Am 21. d. M. dachten der franz. Konsul und der Generalgouverneur auf eine neue Verifikation der angeblichen Ueberbleibsel des Paters Thomas. Man berief zu dem Zwecke in's franz. Konsulat die drei vornehmsten Nerzte, die ursprünglich zugezogen worden waren; man will die ausgegrabenen Ueberreste in ein Kästchen thun, das unter Siegel an die medizinische Akademie von Paris übermacht werden soll, damit konstatiert werde, ob solches menschliche Gebeine oder aber Thierknochen seyen. Diese Maßregel nun hatte der kenntnißreiche Doktor La- \*) Syrischer oder maronitischer Christ?

bisher Antrag nicht nöthig sey. Auf dem nächsten Landtage wird jedoch das Gesetzbuch noch nicht vorgelegt werden können. — In derselben Sitzung wurde auch gegen drei Eingaben um eine unter Bürgerschaft des Staats zu errichtende Landesversicherungsanstalt gegen Hagel mit 52 gegen 6 Stimmen entschieden. Man war der Meinung, daß es angemessener sey, dergleichen Anstalten der freiwilligen Uebereinkunft zu überlassen, als durch lästige, zwingende Staatseinrichtungen die natürliche Freiheit der Staatsbürger zu beschränken; daß die Privatverwaltung solcher Institute immer weit weniger koste, als eine vom Staat gestiftete; daß endlich die der leipziger Hagelassuranzgesellschaft von den Bittstellern gemachten Vorwürfe gänzlich ungegründet seyen. Die Versicherungen bei dieser Gesellschaft haben betragen im Jahre 1824: 550,308 Thlr., 1830: 1,134,333 Thlr., 1835: 8,715,891 Thlr., und 1839: 13,986,626 Thlr. — Am 21. und 22. Mai beschäftigte sich die zweite Kammer mit der Beratung eines Erläuterungsgesetzes über die Kommunalgarben. Die lebhafteste Beratung veranlaßte ein bei dem §. 3, der die notwendigen Ausnahmen der Eintrittspflichtigen enthält, gestellter Antrag, daß die Tagelöhner hier weggelassen und unter die fakultativen Ausnahmen versetzt werden möchten. Es wurde dieser Antrag mit 32 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Lebhafter noch war die Beratung bei §. 7 des Gesetzesentwurfs, der die Wahlen in der Hauptsache in die Hände der Regierung gelegt (durch das Generalkommando ausgeübt) wissen wollte. Die Deputation hatte auf dessen Ablehnung angetragen, und daneben noch einige, auf zweckmäßigere Einrichtung des Wahlverfahrens gerichtete Vorschläge gethan. Das Deputationsgutachten ward einstimmig angenommen. Eine weitere Erörterung entstand wegen zwangsweiser Einführung gleichmäßiger Bekleidung, welche die Deputation vorgeschlagen hatte. Die Regierung war gegen den Zwang. Das Deputationsgutachten ward mit 37 gegen 26 Stimmen angenommen, dazu aber die zwei Abänderungen, daß das Generalkommando auf Antrag des Ausschusses in einzelnen Fällen Dispensation gestatten könne, und daß die gleiche Bekleidung erst nach zwei Jahren eintreten solle. Bei der Abstimmung erklärten sich sämtliche Anwesende für das Gesetz, was viel sagen will. — Das neueste, von der Ständeversammlung beratene, seiner Dringlichkeit wegen aber schon jetzt erlassene Gesetz betrifft die Belastung und Felgenbreite des Frachtfuhrwerks auf den Chaussees. Es wird mit dem 1. Juli 1841 in Kraft treten. Infolge desselben darf das gewerbmäßig betriebene Frachtfuhrwerk die zusammenhängenden Chaussees nur mit Wagen befahren, woran, ohne daß die Zahl der Räder oder die Bespannung einen Unterschied mache, der Beschlag der Räder die nach der Jahreszeit und der Belastung genau vorgeschriebene Breite hat. Gewiß werden diese Bestimmungen sehr wohlthätig auf den Zustand der Chaussees einwirken; nur ist zu bedauern, daß sie erst in's Leben gerufen werden, wann sie den 30 Jahre lang durch schmale Felgen und Ueberladung schmähtlich zerfahrenen leipzig-dresdener Chaussees wenig Nutzen mehr schaffen werden.

**Belgien.**

Brüssel, 30. Mai. Die Zentralsektion schlägt vor, den Betrag der Anleihe auf 65 Millionen zu vermindern. Von dieser Summe sollen 53 Millionen für die Ergänzung der Ausgaben für den Bau der Eisenbahn verwendet werden. Die übrigen 12 Millionen sollen bestimmt seyn, die 4000 Aktien der rheinischen Eisenbahn zu zahlen, die für die gewöhnlichen Straßen vorrätigen Kredite zu ergänzen, und der Rest, oder ungefähr 5 Millionen, einen Theil der Schatzbons außer Umlauf zu setzen.

**Dänemark.**

Kopenhagen, 26. Mai. Se. Maj. haben am 22. d. dem Kronprinzen den Charakter als Vizeadmiral ertheilt. — Se. Maj. haben befohlen, daß die Kosten zur silbernen Hochzeitsfeier (auf 70,000 Rthlr. veranschlagt) aus Ihrer Privatfchatulle genommen werden sollen.

**Frankreich.**

\*r. Paris, 31. Mai. Man liest im ersten Band der bekannten „Geschichte der franz. Revolution“ von Hrn. Thiers folgenden (jetzt wieder mehrfach zitierten und dem jetzigen Premierminister vorgehaltenen) Satz über die Wahlen: „Man ist Wähler durch seine Existenz in der Gesellschaft, und man soll durch das einzige Vertrauen der Wähler wählbar seyn.“ — Nicht Marschall Gerard, der für 1000 Fr. unterzeichnet hat, sondern Marschall Moncey soll das Komite der Subskription präsidieren. Gestern, nach der Deputirtenkammerführung, wurde in dem Barisale über die Unterzeichnung selbst lange hin und her gesprochen. Die Abgeordneten sind sehr getheilt über die Frage. Das Sonntagsblatt „Journal du Peuple“ will weder von Napoleons Nische, noch von der Unterzeichnung etwas wissen.

— Einundfünfzig Offiziere, die in Metz in Ruhestand leben, haben Hrn. Thiers ihre Visitenkarten zustellen lassen, um ihm ihren Dank für den Antheil, den er an dem Entwurf der Ueberführung der sterblichen Reste Napoleons nach Frankreich genommen, zu erkennen zu geben. Hr. François, Oberst der Nationalgarde von Metz, der auf diesen Schritt angetragen hatte, hat von Hrn. Charpentier, Deputirten des Moseldepartements, eine Antwort erhalten, worin dieser im Namen des Hrn. Thiers diesen 51 Waffengefährten des Kaisers dankt.

\*r. Algier, 24. Mai. Diesen Morgen schlug man sich noch auf verschiedenen Punkten in der Ebene Metidja. Die Milizien und die Leute vom platten Lande sind guten Muthes, sie kommen nicht in die Stadt, sind aber auf ihre Verteidigung bedacht.

brasso gleich von Anfang an vorgeschlagen gehabt, d. h. im selben Augenblicke, wo er klarweg und offen erklärt hatte, daß dieß Thierknochen seyen. Damals aber lachte der Graf v. Ratti-Menton und sagte: Ah! bah!“ — Auszug eines Schreiegens des Hrn. Laurin: „Alexandrien, 26. April. Der Prozeß gewinnt ein ungemein günstiges Ansehen für die Juden. Der Barbier erklärt, daß — in seiner Anklage wider die israelitischen Handelsleute — er von Mohamed [el Telli, jenem verrufenen Araber] verleitet worden sey. Dieser Mensch hatte ihm erklärt, daß, wenn er im Leugnen verharrte, er zu Tode gemartert werden würde; daß dagegen, wenn er nach seinen (Mohamed's) Andeutungen das Geständniß mache, er Strafflosigkeit, eine Belohnung und ein Sichergeleit haben würde.“ [Auch Russa Abuluffia oder — wie er nach seinem Zwangsübertritt zum Islamismus jetzt heißt — Mehemed Effendi, soll, nachdem ihm der Gouverneur auf den Koran geschworen, daß ihm die Wahrheit keinen Nachtheil bringen soll, alle seine gravirenden Ausfagen zurückgenommen und erklärt haben, daß bloß die Folterpein sie ihn machen ließ.]

**Verschiedenes.**

— Nach Privatnachrichten aus Newyork ist der bekannte, aus Böhmen gebürtige Technolog, Franz Anton Ritter v. Gerstner, der sich, nach seinen letzten Eisenbahnbauten in St. Petersburg, nach den Vereinigten Staaten begeben hatte, um dieselben in Studien seines Faches zu bereisen, am 12. April nach einer längern Krankheit in Philadelphia gestorben.

**Großbritannien.**

\*r. London, 29. Mai. Das Benehmen der franz. Deputirtenkammer in Bezug auf die Verwerfung der Zusatzmillion wird ziemlich allgemein von den hiesigen Blättern getadelt. Nur will man darin keine Schlappe für's franz. Ministerium erblicken. Im Unterhause war heute Abend die Bill über Kanada an der Tagesordnung; es wurden mehrere Paragraphen angenommen.

London, 26. Mai. Ueber den Kauf von Port Nicholson und seiner Umgebung auf der nördlichen Insel von Neuzeeland durch die britische Kolonisationsgesellschaft unter Oberst Wakefield sind nähere Nachrichten eingelaufen. Der Oberst kaufte diese schönen, trefflich gelegenen Ländereien von den dortigen Eingeborenen, welche bisher nichts von ihrem Lande verkauft hatten, aber nach Berührung mit europäischer Zivilisation begierig waren. Oberst Wakefield zahlte ihnen einen höheren Preis, als sonst bei diesen Käufen gewöhnlich ist. An die Missionäre der Inselbay jedoch, welche ebenfalls Liebhaber zu diesen Ländereien gewesen waren und Boten mit der Aufforderung geschickt hatten, nichts an Andere zu vergeben, hatten die eingeborenen Inhaber nichts abgeben wollen. An der Spitze dieser stehen ein alter Häuptling, Spuri und Warepori, sein Neffe. Dieselben sind gegen die Missionäre, weil diese beständig Beten und Singen fordern, wodurch die Leute von ihren Kartoffelfeldern und Kanoes abgehalten werden. Der jüngere Häuptling sagte, das unablässige Kirchenhalten habe ihn fast wahnsinnig gemacht. Beide sprachen sich aber entschieden gegen die Rückkehr zu ihren früheren karnibalschen Gewohnheiten aus. „Wir wünschen, sagten sie, in Frieden zu leben, und daß Weiße unter uns wohnen. Wir werden alt und wünschen europäische Beschützer für unsere Kinder. Die Missionäre vom Norden aber wollen wir nicht. Sie sind Eingeborene. Lange sprach man uns von Schiffen, die aus Europa ankommen sollen. Endlich ist eines angekommen, und wir wollen unser Land und unseren Hafen verkaufen und mit den Weißen leben, wenn sie zu uns kommen.“ Der ältere Häuptling fragte, was die Missionäre darunter verstehen, wenn sie sagten, daß alle, die nicht Missionäre sind, Teufel seyen; auch haben sie ihm gesagt, sein Vater werde wieder kommen, um ihn wieder zu sehen, „während doch Jedermann wisse, daß sein Vater schon seit 30 Jahren todt und — gegessen sey.“ Die Eingeborenen sind sehr erfreut über den Verkauf; sie untersuchten die Waaren, die sie für ihr Land erhielten, sorgfältig und unterzeichneten dann einen förmlichen Kaufbrief. Am folgenden Tage fand die Besitzergreifung statt; die jungen Leute des Stammes führten den Kriegstanz auf, und die Neuzeelandflagge wurde aufgezogen. Oberst Wakefield setzt so unbeschränktes Vertrauen in die Eingeborenen, daß er bloß einen Mann zurückließ, um das gekaufte Land zu bewahren u. Vorbereitungen zur Aufnahme der Kolonisten zu treffen. (Spect.)

**Italien.**

\*r. Königreich Sardinien. Die piemontesische Amtszeitung vom 27. Mai widerlegt das Gerücht, als ob zwischen dem turiner und dem londoner Hofe eine Mißhelligkeit ausgebrochen sey.

**Niederlande.**

Vom Niederrhein, 26. Mai. Die zu Grönningen verhafteten Personen wurden noch an demselben Tag wieder in Freiheit gesetzt, der Buchdrucker Bolt kurz darauf aber wieder gefänglich eingezogen, und das neue Tagblatt „de Volk der Vryheid“ erscheint nun vorerst nicht mehr. — In Amsterdam ist die Nachricht eingegangen, daß die Handelsunterhandlungen Hollands mit Frankreich abgebrochen wurden. Letzteres wollte die Forderung Hollands, die Rheinsingeln Frankreichs vom Rheine her mit Kolonialwaaren zu versehen, in keiner Weise zugeben. Bekanntlich haben die französischen Seehäfen in dieser Beziehung ein Monopol, und das GEsäß muß alle derartigen transatlantischen Waaren über Havre oder Marseille beziehen. (M. 3.)

Haag, 28. Mai. Der der zweiten Kammer der Generalsstaaten vorgelegte neue Gesetzentwurf über die ministerielle Verantwortlichkeit bestimmt, daß nach dem Art. 75 des Grundgesetzes die 3 nachstehenden neuen Artikel eingeschaltet werden sollen: Art. 1. Die Chöfs der ministeriellen Departemente sind für alle Handlungen, die sie als solche verrichten, oder zu deren Veranlassung oder Ausführung sie mitgewirkt haben, wodurch das Grundgesetz oder die Gesetze verletzt oder nicht befolgt werden möchten, verantwortlich. Art. 2. Damit diese Mitwirkung erwiesen werde, müssen alle königl. Beschlüsse und Verordnungen mit der Mitunterzeichnung des Chöfs jenes ministeriellen Departements, wozu sie gehören, versehen seyn. Art. 3. Ueber die Anklagen in Betreff dieser Verantwortlichkeit entscheidet der hohe Rath der Niederlande, nach den Vorschriften des Gesetzes. (Amst. Handelsbl.)

**Spanien.**

\*r. Madrid, 24. Mai. Wie es scheint, wollen sich die Carlisten im Fort Begis ernstlich vertheidigen. — Der Entwurf der Minorität der Finanzkommission über die Obligationenausgabe ist mit 66 gegen 30 Stimmen durchgegangen. Die Hälfte des Zehnten ist ohne Diskussion votirt worden.

\*r. Porthus, 25. Mai. Die Truppen des Generals Carbo, 5 bis 6000 Mann stark, haben von Vich ihre Richtung nach San Marçal genommen. Durch diese Bewegung sollen die Verbindungen zwischen den verschiedenen Banden, welche das Land durchstreifen und die Konvois bedrohen, unterbrochen werden. Zu San Quiric und Vich haben sich 300 Infanteristen und 25 Reittene aus Aragonien freiwillig gestellt.

— Die Geschäftsführer für die 18. Versammlung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte zu Erlangen, der Dr. Koch und Dr. Leypelt, machen bekannt, daß mit der Genehmigung des Königs die diesjährige Versammlung zu Erlangen stattfinden und am 18. Sept. mit der ersten allgemeinen Sitzung, so wie mit Konstituierung der verschiedenen Sektionen eröffnet werden wird. Indem sie alle Naturforscher und Aerzte zur Theilnahme amtlich einladen, erklären sie sich zugleich bereit, Bestellungen auf Privatwohnungen, welche sie sich jedoch längstens bis zum 1. Sept. erbitten müssen, bestens zu bejorgen, und erjünden diejenigen Hrn. Theilnehmer, welche Vorträge in den allgemeinen Sitzungen zu halten gedenken, ihnen eine kurze Uebersicht des Inhalts derselben ebenfalls längstens bis zum 1. Sept. zukommen zu lassen. Weitere Anordnungen wird ein besonderes Programm noch zeitig genug bekannt machen.

— (J. h. m. v. o. n. P. a. n. a. m. a.) Einer Nachricht im Temps vom 18. Mai zufolge soll die Regierung von Zentralamerika einem französischen Hause in Guadeloup: das nöthige Land zur Anlage des Kanals von Panama mientgeltlich verleihe, und demselben auch das Privilegium der Fahrt durch denselben ertheilt haben. Auch haben, wie man sagt, die Arbeiten bereits begonnen.

— Der „Archimedes“ — der statt der Räder durch eine archimed. Schraube getrieben wird — machte vor Kurzem Wettfahrten mit dem, nach dem gewöhnlichen Systeme eingerichteten Dampfschiffe „Widgeon“, dem schnellsten auf der Station von Dover. Bei Windstille, wo nur die Dampfkraft angewendet wurde, war der Widgeon durch seine Schaufeln etwas im Vortheil; als dagegen neben der Dampfkraft auch die Segel auf beiden Schiffen gebraucht wurden, kam der Archimedes dem Widgeon auf der Hin- und Rückfahrt nach Galais um 9, auf der Rückfahrt um 5 Minuten zuvor. Die Rückfahrt von Galais nach Dover machte der Archimedes in einer Stunde und 53 Minuten.

\*r. Barcelona, 22. Mai. Briefe aus dem Gebirge besagen, daß bei den Rebellen ein Befehl zur allgemeinen Auflösung ergangen sey. Es soll in ihren Reihen keine Einigkeit mehr herrschen. Zu Berga dürften höchstens 800 Mann zurückbleiben und die Hauptanführer, welche sich beieilen, ihre Beute in Sicherheit zu bringen, und dann selbst auf das zuerst gegebene Zeichen nach Frankreich zu entfliehen. Der hiesige Ayuntamiento [Stadtrath] hat an die Königin eine Vorstellung gegen das Gesez über die Municipalitäten gerichtet.

**Türkei und Aegypten.**

Konstantinopel, 12. Mai. In meinem letzten Briefe vom 6. d. erwähnte ich einen Antrag des Seriaskers Halil Pascha, mich in der Generalschule zum Vortrage der Militärtopographie anzustellen, wenn ich mich, da ich ein Deutscher sey, durch den russischen Gesandten empfehlen lassen könne, und berührte den Einfluß, den Rußland auf mehrere Mitglieder des Divans ausübt. Den Seriasker und den alten Chosrew Pascha vorzüglich beschuldigt man mehr als Alle, im Solde Rußlands zu stehen. Meine Äußerungen haben sich theilweise bestätigt. Am 9., 10. und 11. Mai wurden die dem Seriasker (Kriegsminister) ergebene Truppen durch Revuen, oberhalb Pera, von 12 Uhr Mittags bis 5 Uhr Abends in Athen gehalten, wobei der Sultan erscheinen sollte, doch, von einer großen Volksmenge vergeblich erwartet, nur durch Selim Pascha vertreten wurde. Dies deutete auf irgend eine Begebenheit, denn nach abgehaltener Parade wurden die Soldaten und ihre Offiziere stets haranguirt. Am 10. Mai Abends war Ministerrath, der tief in die Nacht hineinbauerte und wobei es sehr stürmisch hergegangen seyn soll. Außer den ägyptischen Angelegenheiten, worüber noch nichts verlautet, kam das jegige Militärsystem zur Sprache. Reschid Pascha, der Minister des Auswärtigen, den Russen Feind und den Franzosen Freund, wollte 100 junge Türken zur Militärinstruktion nach Frankreich schicken. Der Seriasker Halil Pascha sträubte sich dagegen; die Mitglieder des Divans waren in ihren Meinungen und Ansichten getheilt; es kam zu harten Worten und Vorwürfen; die Diskussion nahm eine drohende Wendung, und Reschid Pascha endete mit einem Male den Streit, indem er den Seriasker des Verraths des Vaterlandes und der Ergebenheit für russische Interessen beschuldigte, und seine Angaben nachzuweisen versprach. Dies wirkte wie ein Donnererschlag; die meisten Minister und Mitglieder des Raths schwiegen, weil ihr Gewissen sie eines Gleichen beschuldigte. Der Seriasker wurde ohne Widerspruch geopfert, und um 1 Uhr nach Mitternacht, also den 11. Mai, erhielt der kaiserl. Schwager den German seiner Entsetzung zugeschiedt. Seine Stelle ist vorläufig durch Mustapha Pascha, Chef der Schreiber, besetzt worden. Die zweite Absetzung, die ich Ihnen in meinem nächsten Briefe glaube melden zu können, wird die des Handelsministers Achmed Jethi Pascha, des Verlobten der Sultaniin Atie, seyn; seine Stelle ist dem Justizminister zugedacht. Nun hat das Kriegsweesen also den Chef der Schreiber zum Minister und Vorstand! Wie kann bei solchen Mißgriffen das unglückliche Reich sich aus seiner Ohnmacht erheben? wie den heranziehenden drohenden Gewittern ein Ableiter seyn? Der abgesetzte Seriasker hat einen großen Anhang und wird, wenn es ihm beliebt, und wenn er seine Gemahlin, die geliebte Tochter der alten Sultaniin, zu behandeln versteht, entweder einen direkten oder indirekten bedeutenden Einfluß auf die Angelegenheiten des Reichs ausüben. Der Patriot, der Minister des Auswärtigen, Reschid Pascha, muß den Großwesir in den Personen des regierenden Sultans u. der Sultaniin-Valide bis jetzt noch schonen; allein er hat mit energischem Arme den ersten Schlag geführt, und ich befürchte, daß die Entlarvung des alten Chosrew eine traurige, ja denkwürdige Katastrophe herbeiführe, da es hier russische, englische, französische und ägyptische Parteien zu bekämpfen gibt. Bis jetzt ist die türkische, die Nationalpartei, nur durch eine kleine Zahl repräsentirt. Dieser Chosrew ist von einem chamäleonartigen Charakter, der von keinem Forscher bis jetzt genau bestimmt worden ist. Indes so schlau er auch seyn mag, so wird doch seine Achselträgeri in Kurzem ein trauriges Ende für seine Person nehmen, oder im entgegengesetzten Falle die Auflösung des Reichs mit schnellen Schritten herbeiführen. Dieser Wirrwarr, diese Intriguen gewinnen von Tag zu Tag mehr Raum und nehmen einen drohenden Charakter an. Es ist bekannt, daß die Sultaniin-Mutter bei allen Divanverhandlungen, denen sie in einer vergitterten Loge stets beimohnt, einen großen Einfluß übt. Diesen wünscht sie zu erhalten und scheut keine Mittel zum Zwecke. Mein letzter Bericht erwähnte den Tod der erstgeborenen Sultaniin; seit dieser Zeit ist die zweite entbunden und auch nach ihrer Niederkunft gestorben. Nun scheut man sich nicht, die Sultaniin-Mutter zu beschuldigen, sie durch gewaltsamen Tod aus dem Wege geräumt zu haben, um sich ihren Einfluß zu erhalten; denn um diesen ist es geschehen, sowie eine entbundene Sultaniin am Leben bleibt, da nach herkömmlicher Sitte des Serails, wo man ohne Weiber, Intriguen und Weibereinfluß nicht leben kann, die erstentbundene Sultaniin, und sollte diese sterben, die zunächst gebärende das Regimentserbt. Es dürfte Ihnen vielleicht nicht uninteressant erscheinen, etwas Näheres über den Großwesir zu hören. Chosrew Pascha ist ein kleiner, nicht 5 Fuß hoher Mann, mit einem schönen weißen Bart; er hinkt sehr stark in Folge eines Feuersprungs, bei welchem er das Bein brach. Als er nämlich abgesetzt und beauftragt wurde, Mehemed Ali aus dem Wege zu schaffen, wurde er verrathen und rettete sich nur durch einen gewagten Sprung. Daher der Haupthaß gegen diesen; denn jeder Schritt, den er thut, erinnert ihn an seinen Feind. Er hat keine eigenen Kinder, sondern zwei Adoptivöhne: Mohammed Reschid, Pascha von Topischana, Chef der Artillerie, und Ali Pascha, ein früherer georgischer Sklave, jetzt Majorgeneral und der Erste nach dem Kriegsminister oder Seriasker; es ist dies ein junger, angenehmer Mann. Als ich dem Großwesir Chosrew Pascha unter den zwei Eigenschaften als Offizier und Publizist vorgestellt wurde, fand ich ihn in seinem Garten, in einer blauen leinenen franz. Blouse, auf einen Hirtenstab gleich einem kath. Bischof gestützt, spazieren gehen. Er unterbrach seinen Spaziergang nicht, sondern fragte mich gleich: „Du bist, wie man mir sagt, aus dem Königreiche Sachsen? Wie kommt es, daß dein König keinen Gesandten hier hat? Auf meine Erwiderung, daß mein Monarch es wahrscheinlich nicht für nöthig fände, und wir sächsische Untertanen durch den Gesandten des Kaisers von Oesterreich geschützt wären, sagte er: „Ja, es ist wahr, der Kaiser ist auch König mehrerer Reiche; also liegt dein Land in Oesterreich?“ Mit möglichst ruhiger Fassung entgegnete ich so gleich, daß Sachsen ein unabhängiger Staat sey, daß die Fürsten meines Landes Könige von Polen gewesen seyen, und der hohen Pforte die glänzenden Auguste von Sachsen und Polen wohl in Erinnerung seyn müßten. Er betrachtete mich einige Augenblicke mit einem durchbohrenden, ihm allein eigenen Blick, und fragte dann nach einer Pause von ein paar Sekunden: „Er war der Feind des Schwedenkönigs von Bender? Ich erinnere mich jetzt. Von diesem Schwedenkönige her datirt unser Verfall. Dann wieder nach einer Pause fuhr er fort: „Die Polen haben die verdiente Strafe; wären sie zu jener Zeit einiger gewesen

und hätten den jungen König nicht zu Hilfe gerufen, auch nicht erlaubt, sich in ihre Angelegenheiten zu mischen, der große Czar wäre weder uns, noch ihnen in seiner Nachkommenschaft so zärtlicher Freund geworden“; dabei streichelte er sich behaglich den Bart. Ich gestehe, daß diese Äußerungen mich in Erstaunen versetzten. Lag eine Absicht bei dieser Offenheit des sonst in jeder Hinsicht so schlauen alten Großwesir zum Grunde? Wollte er dadurch das begründete und immer lauter werdende Gerücht einer Neigung zu Rußland Lützen strafen? Merkwürdig bleibt es, daß diese Worte 2 Tage vor dem Sturze des Seriaskers Halil Pascha gesprochen wurden. Chosrew, sowie die Sultaniin-Valide wurden häufig als den Neuerungen entgegen geschildert, dies ist aber keineswegs der Fall; dafür folgende Beispiele. Nach dem Tode Mahmud's ging der jetzige Sultan alle Tage, sein Gebet bei der neuen Gruft seines Vaters zu verrichten. Aus dieser tänte ihm jedes Mal eine hohle Stimme entgegen, er solle die Neuerungen, als dem Koran entgegen und die sein Vater jetzt verfluche, abschaffen. Da während acht Tagen dieselbe Szene sich erneuerte, ging der junge Monarch zu seiner Mutter und erzählte ihr die Begebenheit; diese ließ den lahmen Chosrew Pascha kommen und theilte ihm das Vernommene mit. Der Bezir nahm bei'm nächsten Gebete seine Maasregeln, und siehe da, man zog aus der Gruft einen fanatischen Dervisch, der seinen Eifer in den Wellen des Bosporus büste. Bekanntlich wurde der Tod Mahmud's zwei Tage geheim gehalten, da man eine Empörung der Anhänger der Janitscharen befürchtete. Der alte Chosrew Pascha schickte Agenten in alle Kaffeehäuser und ließ sondiren, was man wohl thun würde, wenn Mahmud plötzlich sterben sollte. Die sich zweideutig Äußerungen wurden des Abends festgenommen, und am Tage, wo der Tod des Sultans publizirt wurde, bedeckten bei Achor-Kapoussi über 4000 Leichen das Marmorameer. (L. N. 3.)

Konstantinopel, 13. Mai. Hier sieht es immer noch trüb, sehr trüb aus. Die häufigen Abgehungen von Würdenträgern und hohen Beamten beunruhigen das Volk und machen der Pforte immer neue Feinde. Es durchkreuzen sich die Meinungen über die Beweggründe, die den Sultan vermochten, seinen eigenen Schwager von sich zu entfernen. Man kann nur schwer glauben, daß Halil Pascha sich in Einverständnisse mit dem Vizefönig eingelassen haben, oder daß er plötzlich ein Anhänger des alten Systems, ein Feind der Reformen geworden seyn soll. Die Anhänger des Alten, so ist die Meinung von eingeweihten Personen, haben einen der Triumpvirn gestürzt. Chosrew und Reschid Pascha werden ihm bald folgen; die Kabale ist mit Dunkel umschleiert, aber bereits im Gang, und die mächtigsten Personen scheinen dabei ihre Rollen zu haben. Ich wage nichts mit Bestimmtheit darüber zu sagen, und bedaure nur mit der ganzen ottomanischen Armee den Verlust eines Mannes, der schon als Jüngling (in den Jahren 1828 und 1829) an allen bedeutendern Schlachten gegen die Russen mit so ausgezeichnetem Ruhm Theil genommen. Durch seine persönliche Tapferkeit und seinen ritterlichen Sinn erwarb er sich die Liebe Mahmud's, in der Armee einen ungläublichen Anhang, und in dieser Rücksicht erscheint seine Dimission als eine unkluge Maasregel, denn Halil Pascha könnte dem Sultan der gefährlichste Feind werden. — Die zwei Sultaniinnen, die in der letzten Woche entbunden worden, sind bald nach ihrer Niederkunft gestorben. Der nach orientalischer Sitte der Sultana-Valide zugestandene Einfluß auf die Staatsgeschäfte war bedroht, da eben diese Sitte auch den Frauen des Sultans, die ihn mit Nachkommenschaft beglücken, direkte oder indirekte Einwirkung auf die Regierungshandlungen des Padißchahs verleihen. Beide sollen unter verdächtigen Symptomen verschieden seyn. — Der abgesetzte Pascha von Nicomeden, Alif, ist plötzlich verschwunden. Man glaubt, er habe seinen Weg nach Aegypten eingeschlagen, obgleich gut unterrichtete Personen mir versicherten, der Pascha sey des Hochverraths überwiegen und hingerichtet worden. Dies schnelle heimliche Verfahren würde sich schlecht mit den Kundmachungen von Gulbanach vereinigen lassen. — Neuerdings soll auf Rhodus ein griechischer Knabe verschwunden seyn; auch dort beginnt mit neuer Wuth die Verfolgung der Juden durch die Christen. Gott behüte, daß wir die Gräucl von Damaskus auf Rhodus erneuert sehn. (L. N. 3.)

Von der türkischen Gränze, 22. Mai. Fürst Michael von Serbien ist bereits von Belgrad nach Kragujewas unter großem Jubel der Bevölkerung aller Orte, welche er berührte, abgegangen, welches Ereigniß als ein entscheidender Erfolg der neuen Bewegung zu betrachten ist. Nunmehr ist an eine Rückkehr der resignirten Rätthe, Minister und Senatoren zur Gewalt nicht mehr zu denken, da keiner auch nur eine Stunde landeinwärts sich wagen dürfte, ohne sein Leben zu riskiren, und selbst Belgrad und türkischer Schuß ihnen für die Zukunft kaum völlige Sicherheit bieten. Es heißt darum, daß die Beschuldigten theils nach Oesterreich, theils nach Rußland auszuwandern gedenken. — Der am härtesten gravirte frühere Vizepräsident des serbischen Senats, Stojan Simitsch, ist, wie ich eben erfahre, heute in die feinkliner Kontumaz eingetreten, und wird sich von da aus auf seine Güter in der Wallachei begeben. An die Stelle des Staatsraths und des Ministers des Aeußern, Petroniewitsch, ist der volkshämliche, der frühern Minorität angehörige Minister des Innern, Protsich, provisorisch auch mit Leitung jenes Portefeuilles beauftragt worden, was als ein weiterer Sieg der neuesten Bewegung zu betrachten ist. Der ältere Bruder des Fürsten Milosch, Jephrem Obrenowitsch, Senatspräsident, hat, obgleich seit vielen Jahren mit Familie in Belgrad anständig, diese Stadt bereits verlassen, um sich nach dem neuen Regierungssitze Kragujewas zu begeben, was als ehrende Aufopferung dankbare Anerkennung findet. In Kragujewas erwarten den Fürsten viele Tausend — man sagt mehr als 10,000 Männer — um ihn zu verschüchtern, daß die ihm mitgetheilten Wünsche wirkliche Nationalwünsche seyen, und ihm für die vorläufig theilweise Entsprechung zu danken. Von Kragujewas aus wird der Fürst eine Rundreise durch Serbien unternehmen. (L. N. 3.)

**Baden.**

\* Karlsruhe. 102te öffentliche Sitzung der 2ten Kammer vom 1. Juni. Präsident Mittermaier: Auf der Bank der Regierung der Präsident des Ministeriums der Justiz Staatsrath Jolly, der Präsident des Ministeriums des Innern Staatsrath Febr. v. Müdt, Ministerialrath v. Stengel. Der erste Sekretär verliest die unterthänigste Adresse, die an Sr. kön. Hoheit den Großherzog in Betreff der von der Kammer reklamirten provisorischen Geseze gerichtet werden soll. Der Abg. v. Jhstein ist nicht damit einverstanden, daß der Weg einer Adresse gewählt werde, und es entspinnt sich hierüber und resp. das Recht der Kammer, auch ohne Mitwirkung der ersten Kammer, eine Verordnung zu reklamiren, eine lange Diskussion, indem der Abg. v. Kottek statt einer Adresse, die die Zustimmung der ersten Kammer erfordern würde, von der vorauszusetzen sey, daß sie sie verlagern würde, den Weg einer unmittelbaren Eingabe an das hohe Staatsministerium betreten wissen will. Der Präsident bemerkt, daß mit Ausnahme des Jahres 1837 stets der Weg einer Adresse gewählt worden sey;

ammer in  
s von den  
r's franz.  
über Ka-  
mmen.  
Angehung  
gesellschaft  
erst kaufte  
geborenen,  
Berührung  
ste ihnen  
die Miß-  
änderen  
nichts an  
n wollen.  
vori, sein  
Seiten und  
anoes ab-  
behaltend  
den gegen  
Wir wün-  
nen. Wir  
ie Missio-  
ge sprach  
ist eines  
ufen und  
Hauptling  
alle, die  
in Vater  
edermann  
." Die  
Baaren,  
nen förm-  
die jun-  
ndsflage  
en in die  
Land zu  
(Spect.)  
ung vom  
m londo-  
Personen  
der Volt  
de Tolke  
die Nach-  
Frankreich  
Reinpre-  
in seiner  
ieser Be-  
lautischen  
3.)  
vorgelegte  
daß nach  
geschaltet  
für alle  
der Aus-  
e verlegt  
iese Mit-  
ngen mit  
wozu sie  
Verant-  
rchriften  
bl.)  
im Fort  
kommiss-  
dgegan-  
is 6000  
ommen.  
nen Ban-  
erbrochen  
25 Be-  
turforscher  
ß mit der  
und am  
chiedenen  
heilnahme  
en, welche  
erwischen  
zu halten  
bis zum  
amnt noch  
18. Mai  
Badelou-  
und dem-  
aben, wie  
he aetrie-  
a Systeme  
over. Bei  
durch seine  
eget auf  
fahrt nach  
als nach

Abg. Veff erklärt dasselbe u. setzt die Gründe auseinander, warum diese Ausnahme gemacht worden. In Betreff des Prinzipienstreites, der auf verschiedener Auslegung des §. 67 der Verfassung beruht, wird im Wesentlichen wiederholt, was bereits auf früheren Landtagen des Breiten verhandelt wurde und in den Protokollen der Kammer nachzulesen ist, daher der Bericht sich kurz fassen kann. Auf den Antrag des Abg. Mördes geht die Frage, ob der Weg einer Adresse, oder ein anderer gewählt werden solle, an die Abtheilungen, die über die verwandte Frage, was in Betreff der früher reklamirten, aber doch nicht vorgelegten Verordnungen geschehen solle, zu berathen hätten. An der Diskussion nahmen übrigens Theil der Staatsrath Frhr. v. Müdt, die Abg. v. Jzstein, Veff, Welcker, Baumgärtner, Trefurt, v. Kottick, Knapp, Duttlinger, Gerbel, Sander. Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Frhr. v. Müdt, eröffnet sodann in Bezug auf die in der Sitzung vom 30. Mai an ihn gerichtete Frage, wie es mit dem Strafgesetzentwurf solle gehalten werden, daß er ermächtigt sey zu erklären, die Regierung werde denselben dem nächsten Landtage wieder in geeigneter Form vorlegen lassen. Mördes ist der Meinung, daß sie zu diesem Zweck eine gesetzliche Vorlage zu machen habe, da die Verfassung sie dazu nicht ermächtigt. Staatsrath Jolly: Die Erklärung der Regierung ist vollkommen beruhigend; letztere ist nicht gemeint, dem Lande die Früchte so vieler Arbeiten und Mühen zu entziehen, sie wird den Entwurf der ersten Kammer auf dem nächsten Landtage wieder vorlegen in dem Stadium der Entwicklung, in das er durch die Berathung dieser Kammer eingetreten ist. Zugleich aber wird sie diejenigen Modifikationen an demselben vornehmen, die ihr nöthig scheinen. Der Entwurf wird dann an die zweite Kammer zurückgehen und diese Gelegenheit haben, ihre Ansichten wieder geltend zu machen. Ein Gesetz deshalb vorzulegen ist nicht nöthig; das Versprechen der Regierung genügt; sie hat einen Ausweg gewählt, der in den Formen der Verfassung sich bewegt und sie der immer mißlichen Sache, durch ein Gesetz die Verfassung zu ändern, überhebt. v. Kottick hält eine gesetzliche Vorlage für immerhin wünschenswerth, jedenfalls solle man die Erklärung der Regierung in die Abtheilungen verweisen. Welcker ist dagegen, das Versprechen der Regierung genüge; das Gebot der Ehre sey hier wohl eben so bindend als ein Gesetz. Trefurt in gleichem Sinne; ebenso Merk. Welcker wünscht dann zugleich die Vorlage der Strafprozessordnung und Gerbel noch dazu den Polizeikoder und Trennung der Justiz von der Administration. Nach einer weiteren Diskussion über den zuletzt angeregten Gegenstand und das Verlangen des Abg. v. Kottick, die Regierung solle ein Gesetz vorlegen, erklärt Staatsrath Jolly wiederholt, daß es nicht nöthig sey, da keine Form der Verfassung von der Regierung verletzt wurde, es also zu dem, was sie thue, einer Ermächtigung nicht erst bedürfe. Der Entwurf so, wie die zweite Kammer ihn umgestaltet, dem nächsten Landtag wieder vorzulegen, gehe nicht an; sie müsse dem nächsten Landtag etwas Neues vorlegen; sie werde also den Entwurf mit den ihr nöthig scheinenden Modifikationen der Beschlüsse der 2ten Kammer, der ersten im nächsten Jahre vorlegen. Diese werde darüber berathen, der Entwurf an die zweite Kammer zurückgehen, diese ihn der Geschäftsordnung nach wieder an die Abtheilungen verweisen, diese eine Kommission ernennen; aber ohne Zweifel würde man nicht an eine neue Berichterstattung über das Ganze gehen, sondern sich begnügen, Bericht nur über die von den Beschlüssen der zweiten Kammer abweichenden Beschlüsse der ersten Kammer u. die Modifikationen der Regierung erstatten zu lassen. So sey alle Formen gewahrt und es bedürfe keines Gesetzes hiezu. Wenn der Abg. v. Kottick ein solches verlange, so sey dies lediglich ein Zeichen des Mißtrauens in die Zusage der Regierung. Der Abg. v. Kottick gibt dies nicht zu; wo er Mißtrauen hege, spreche er es geradezu aus. v. Jzstein und Christ erklären sich für Kottick's Antrag, der von Rindeschwender und Trefurt als unnöthig bekämpft und von der Kammer zuletzt mit bedeutender Majorität verworfen wird. Die Tagesordnung führt hierauf zur Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Abg. Trefurt die Rechtsverhältnisse der Lehrer an Mittelschulen betr. und zwar zunächst zu §. 2. (Entwurf der ersten Kammer §. 4 Nr. 2.) Er lautet also: Außer den Fällen, in welchen nach dem Dienereidit von 1819 eine Entlassung der Staatsdiener im Administrativwege statthat, kann die Entlassung gegen die im §. 1 erwähnten Lehrer ohne vorgängige Besserungsversuche dann ausgesprochen werden, wenn sie Schüler zur Unsittlichkeit verleiten, oder zu unsittlichen Handlungen mißbrauchen. Minist. Rath v. Stengel: Die Kommission streicht den §. 3 des Entwurfs der ersten Kammer, weil er im Dienereidit stehe §. 5; also hier einer besonderen Wiederholung nicht bedürfe. Die Regierung ist damit einverstanden, muß sich aber gegen die Weglassung der Nr. 1 in §. 4 des Entwurfs der ersten Kammer erklären. Ihre verehrliche Kommission streicht diese Nr. 1, welche die Bestimmung enthält, daß die Verurtheilung eines Lehrers zu einer peinlichen im Korrektions- oder Arbeitshaus zu erscheidenden Strafe die Entlassung im Administrativwege zur Folge habe, aus dem Grunde, weil sie im §. 17 des Dienereidits enthalten sey. Dagegen ist aber einzuwenden, daß die Auslegung dieses §. kontrovers ist, und zumal bei Anwendung des neuen Strafgesetzes. Aus diesem Grund muß man eine Bestimmung haben, die keine zweifelhafte Auslegung zuläßt. §. 4 des Entwurfs ist wörtlich aus dem Volksschulgesetz genommen und es ist kein Grund vorhanden, bei den höhern Schulen hier einen Unterschied zu machen; wie auch die äußere Stellung hier verschieden seyn mag, das Verbrechen eines Lehrers an einer höhern Schule ist gerade so verwerflich, gerade so anstößig, gerade so strafbar, als das eines Volksschullehrers. Der zweite Satz des §. 4 sagt, daß der Lehrer, wenn er Schüler zu Unsittlichkeiten verleite, entlassen werden müsse, die Kommission sagt: Können. Aber auch hier ist kein Grund, vom Volksschulgesetz abzuweichen; man ist vielmehr berechtigt, an einen höher gebildeten Lehrer auch höhere Ansprüche zu machen, nicht bloß in Betreff des Wissens, sondern auch der Sittlichkeit. Die Regierung trägt daher darauf an, den §. 4 nach dem Entwurf der ersten Kammer herzustellen. (Schluß folgt.)

Neueste Nachrichten.

\*r. Paris, 1. Juni. In den Kammerabtheilungen bei den Pairs wurde heute die Kommission über den Gesetzentwurf hinsichtlich der Verfassung der Asche Napoleon's ernannt, über den nicht lange debattirt wurde. Unter den Mitgliedern derselben bemerkte man folgende Namen: General Petit, der in Fontainebleau die kais. Garde befehligte, Caffarelli, Mosé, Barthe, Keratry. Die Pairs sind sehr günstig für den Entwurf gestimmt. — Der Minister des Ackerbaues und Handels hat nach dem seit 1835 bekannt gemachten Gesetze dem Könige einen Bericht über den allgemeinen Stand der Sparanstalten abgestattet. Diese Statistik reicht aber nicht weiter als bis Ende 1838. Bis zu dieser Epoche bestanden in Frankreich 270 solcher Institute; nämlich: im nieder-rheinischen Departement 9, im Herault 8, im Calvados, in der Manche, dem Oberrhein je 6, in 21 Departementen je 3, endlich 12, wo bloß eine Kasse per Departement existirt. In fünf Departementen (Oberalpen, Nieder-alpen, Korsika, Creuse und Lozère) bestand noch keine solche Anstalt. Am 1. Januar 1838 existirten 121,065 Sparbüchlein (livrets), am Ende desselben Jahres aber 163,196. Im Jahr 1838 wurden mehr eingenommen als im Jahr 1837 von 58,932 Einlegern 37,327,706 Fr. 60 Cent. Die erwähnten Sparbüchlein waren am Ende des Jahres 1838 so vertheilt:

Stand oder Gewerbe:	Livrets	Saldo	Durchschnitt.
Handwerker	42,778	19,866,559 Fr.	92 C. 464 Fr. 41 C.
Bedientenklasse	38,576	17,270,935 —	13 — 447 — 73 —
Angestellte	7,328	4,825,974 —	30 — 658 — 56 —
Soldaten und Seesleute	7,799	5,675,825 —	10 — 727 — 76 —
Verschiedene Gewerbe	36,259	25,752,604 —	41 — 710 — 24 —
Minderjährige	29,958	7,883,103 —	24 — 263 — 13 —
Gesellschaft gegenseitiger Hülfe	498	439,757 —	82 — 883 — 10 —
	163,196	81,714,759 Fr.	92 C. 500 Fr. 71 C.

Ende 1838 bestanden die Einleger aus 265,396 und die ihnen gehörige Summe belief sich auf 144,964,757 Fr. 16 C., welches auf jeden Einleger ungefähr die Mittelsumme von 546 Fr. 22 C. ausmacht. — Der Courier français, bekanntlich jetzt dem Ministerium geneigt, behauptet, daß im letzten Feldzug die Franzosen über dreimal mehr Mannschaft verloren haben, als die Araber. Das Unglück wird dem Generalstatthalter aufgebürdet.

\* London, 30. Mai. In der gestrigen Unterhausung erklärte Lord Palmerston auf eine Anfrage des Hrn. C. Bruce, ob oder was ihm von Verhinderungen bekannt sey, welche man den in Neapel sich aufhaltenden Engländern in Bezug auf die Ausübung des Gottesdienstes nach (englisch-) protestantischem Ritus in den Weg lege: „Es sey früher der englische Gottesdienst in einem Zimmer des engl. Konsulargebäudes abgehalten worden, und als dasselbe für den Zweck zu klein geworden, habe man sich an die neapolitanische Regierung um Erlaubniß zur Errichtung eines eigenen protestantischen Bethauses gewendet, und dieselbe auch unter der Bedingung erhalten, daß dessen äußere Gestalt dem Volke von Neapel keinen Anstoß (als heidnischer Tempel) gebe. Mit dem Bau sey auch begonnen, aber plötzliche Hindernisse gegen dessen Fortsetzung erhoben worden. Die engl. Gemeinde habe nun in einem Privathause ihre Andachten halten wollen, allein auch das habe die neapol. Regierung ohne besondere Konsenseinholung nicht zugeben wollen. Dazwischen sey nun die Schwefelgeschichte gekommen, welche die mit Neapel angeknüpften Handelsnegoziationen und andere Angelegenheiten gestört habe. Sey jene Streitfrage beigelegt, so werde man Seitens der brit. Regierung auch die Gottesdienstangelegenheit wieder betreiben.“

\*r. London, 30. Mai. Die Admiralität hat Befehl erteilt, so schnell als thunlich 9 Kriegsfahrzeuge und 6 Dampfboote zu kaufen. — Nuri Effendi hat bereits seine Abschiedsaudienz bei der Königin gehabt. Scheib Effendi hat seine Beglaubigungsschreiben überreicht.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von C. Macklot.

Auszug aus den karlsruher Witterungsbeobachtungen.

2. Juni.	Barometer.	Therm.	Wind.	Witterung.
M. 7 U.	27.3.10.82.	14.7.Ü.üb.0	DES	heiter
Nm. 3	27 = 9.9 =	21.6 = üb.0	D	trüb
N. 11	27 = 9.1 =	13.3 = üb.0	SW	Gewitter

Großherzogliches Hoftheater.  
Donnerstag, den 4. Juni. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement, zum Vortheil des Herrn Schöber: Wilhelm Tell, große Oper in vier Aufzügen, von Rossini. Herr Schöber, k. k. Hofopernsänger: Wilhelm Tell, als Gast.

[2287.1] Markdorf. (Erklärung.) Mit Erstaunen haben die Unterzeichneten in öffentlichen Blättern gelesen, daß in der 96ten Sitzung der II. Kammer der hohen Ständeversammlung zwei Petitionen des Gemeinderaths und Bürgerausschusses der Stadtgemeinde Markdorf vorgelegt worden sind. Wir, als Mitglieder dieser Gemeindebehörden, wurden niemals zur Berathung oder Abfassung solcher Beschlüsse eingeladen, und können sie daher auch nicht als ordnungsgemäße Aktenstücke anerkennen, um so weniger, als darin Vorgänge erwähnt sind, die sich gar nicht zur Publizität eignen, und wirklich als ein Ausfluß großer Leidenschaftlichkeit von einer Partei sich darstellen.

Diese Petitionen, und namentlich die denselben beigefügten sogenannten Motive, bejagen also nicht den Willen

des gesammten Gemeinderaths und Bürgerausschusses, vielmehr kann es in dem Willen einer gütendenden Gemeinde liegen, derartige Gegenstände auf solchem Wege und nur mit einseitiger Ansicht zur Deffentlichkeit zu bringen. Markdorf, den 30. Mai 1840.  
Vom Gemeinderath. Vom Bürgerausschuss.  
Mayer. Dmann Guldin.  
J. Brielmeyer. Walser.

[2294.2] Nr. 1130. Sinsheim. (Bauarbeitenversteigerung.) Mittwoch, den 10. Juni d. J., Nachmittags 2 Uhr, wird in Mülchingen bei Breiten am Kirchthurm daselbst 1) die Gerabnahme der Gärten und Ufer, 2) der Abbruch des Daches und der Thurmmauer, letztere bis auf die Höhe des Kirchengeläks und 3) die Errichtung eines Nothdaches über den noch stehen bleibenden Theil des Thurmes an den Wenigstnehmenden verankündigt; wozu die betreffenden Bauhandwerkerleute eingeladen werden. Sinsheim, den 1. Juni 1840.  
Großh. bad. Stiftschaffnei.  
Van z.

Staatspapiere.

Paris, 1. Juni. 3proz. konsol. 85. 50. 4proz. konsol. 104. 75. 5proz. konsol. 116. 50. Bankaktien 3510. — Kanalaktien 1270. — St. Germaineseisenbahnaktien 740. — Versäiller Eisenbahnaktien, rechtes Ufer. 552. 50; linkes Ufer, 378. 75. Orleanser Eisenbahnaktien 525. 20. Straßburg-bad. Eisenbahnaktien 420. — 5vz. Belgische Anleihe

Frankfurt, 1. Juni.	Prz.	Payer.	Gelb.
Österreich. Metalliquesobligationen	5	—	108 1/2
do.	4	—	101 1/2
do.	3	—	81 1/2
Bankaktien ex Div.	—	—	224 1/2
fl. 250 Loose bei Rothschild	—	—	138 1/2
Parialloose do.	4	—	161 1/2
fl. 500 Loose do.	—	—	145 1/2
Reichmann'sche Obligat.	4	—	100 1/2
do.	4 1/2	—	103
Preußen. Staatsschuldscheine.	4	—	104 1/2
Prämiencheine.	—	—	73 1/2
Obligationen.	4	—	100 1/2
Eisenbahnaktien à 250 fl.	—	—	339 1/2
fl. 50 Loose bei Golt u. S.	—	—	108 1/2
Rentenscheine.	3 1/2	—	100 1/2
Obligationen	3 1/2	—	99 1/2
fl. 50 Loose.	—	—	63 1/2
fl. 25 Loose.	—	—	23
Obligationen bei Risch.	3 1/2	—	98 1/2
fl. 25 Loose	—	—	21 1/2
Integrale.	2 1/2	—	52 1/2
Holland. Aktienschuld m. C.	5	—	9 1/2
Polen. fl. 300 Lotterieloose Rth.	—	—	70 1/2
do. zu fl. 500.	—	—	82 1/2

Mit einer Beilage.